

EUROPA-WIRTSCHAFT

DER STAND DER WIRTSCHAFTLICHEN INTEGRATION EUROPAS IM HERBST 1964

Europa-Konjunktur

Der letzte Vierteljahresbericht der EWG-Kommission enthält neben einer Analyse der Situation eine Vorschau auf die Entwicklung der zweiten Hälfte des Jahres 1964 und einen Ausblick auf das Jahr 1965. Das Hauptmerkmal der Analyse aus Brüssel ist die nachhaltige Hinwendung zur Frage einer gemeinsamen EWG-europäischen Konjunkturpolitik. Das Interesse in dieser Richtung überrascht nicht, wenn man die kürzliche Entwicklung in den einzelnen EWG-Mitgliedsländern berücksichtigt. Die Gefahr des Imports einer Inflation aus Ländern mit inflationistischer Entwicklung in solche mit vergleichsweise stabiler Wirtschaft sieht man sowohl in den Hauptstädten der Mitgliedsländer wie auch in Brüssel selbst immer deutlicher.

Global betrachtet rechnet die Kommission mit einem Wachstum des realen Bruttosozialprodukts von 5 vH, während die Investitionstätigkeit, vor allem wegen der italienischen Krise, mit ebenfalls 5 vH etwas schwächer als erwartet ausfallen dürfte. Durch die vorteilhafte Entwicklung in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und wegen der steigenden Rohstoffexporte auch in den Entwicklungsländern hat die allgemeine Konjunktur des EWG-Raumes die Handelsbilanz der EWG günstig beeinflusst. Bei günstiger Witterung und gesicherten hohen Preisen dürfte das Angebot landwirtschaftlicher Erzeugnisse wachsen, während auf dem industriellen Sektor das Wachstum vor allem in der Bundesrepublik durch den Engpaß am Arbeitsmarkt eingeschränkt zu werden scheint. Nach Ansicht der Kommission wird sich die Gesamthandelsbilanz der EWG mit einem Passivsaldo von 3 bis 3,5 Milliarden Dollar im Jahre 1964 nicht weiter verschlechtern.

Zieht man die Vorausschätzungen, die die EWG-Kommission, die OECD und die einzelnen Staaten vorgenommen haben, zu Rate, so wird die wirtschaftliche Expansion auch im Jahre 1965 leicht abgeschwächt anhalten.

Eine Untersuchung der Situation in den EWG-Mitgliedsländern zeigt für die Bundesrepublik Deutschland eine steigende Investitionsneigung, eine Zunahme der Massenkaufkraft und die Gefahr weiterer Preiserhöhungen. Demgegenüber hat sich in Frankreich nach längerer Auftriebstendenz das Preisklima be-

ruhigt. Expansionsimpulse dürften hier vor allem von der Ausfuhr und von den Investitionen der Öffentlichen Hand zu erwarten sein. Das größte Sorgenkind der Gemeinschaft ist nach wie vor Italien, das die Erwartungen der Kommission nicht erfüllt hat. Statt der erwarteten 5 vH ist das Bruttosozialprodukt nur um 3,5 vH gestiegen. Nur mit durchgreifenden Stabilisierungsmaßnahmen wird es der italienischen Wirtschaft gelingen, die Investitionsneigung zu vergrößern. Auch in den Niederlanden ist in der letzten Zeit ein fühlbares Anziehen der Löhne und der Preise zu verzeichnen. Die Kommission empfiehlt zur Beruhigung der Entwicklung eine restriktive Haushalts- und Kreditpolitik. Belgien leidet vor allem unter steigenden Preisen bei einer angespannten Arbeitsmarktlage, während die Luxemburgische Wirtschaft vor allem durch die Nachfragebelebung auf dem Stahlmarkt eine Wachstumsrate von 4,5 vH (im Vorjahr 0,5 vH) erreicht hat.¹⁾

Die allgemeine Situation in der EWG wird heute gern mit dem Begriff des Ungleichgewichts umrissen, eine Situation allerdings, die schon seit einer Reihe von Monaten besteht. Legt man souveräne Volkswirtschaften zugrunde, so haben diese die Möglichkeit, sich durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen vor Nachteilen zu schützen. Zoll- und währungspolitische Maßnahmen gestatteten es bis zur Gründung des Gemeinsamen Marktes, sich gegen inflationistische Tendenzen von außen zu wehren. Heute ist den Mitgliedsstaaten der EWG diese Waffe aus der Hand genommen, ohne daß an ihre Stelle ein hinreichend starkes Instrumentarium einer EWG-Konjunkturpolitik getreten wäre. Dies gilt im übrigen nicht nur für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Auch im Rahmen der Freihandelszone (EFTA) und im Rahmen der OECD wäre es angezeigt, die Erscheinung des Ungleichgewichts durch gemeinsame konjunkturpolitische Maßnahmen zu bekämpfen. „Während der Begriff der importierten Inflation bisher mehr eine theoretische Annahme war, wird er nunmehr eine Realität“, schreibt Prof. Müller-Armack, und er sieht in der Lösung dieses Dilemmas geradezu eine Lebensfrage der EWG: „So bleibt kein anderer Ausweg als der, die europäische Zusammenarbeit in der Währungs- und Konjunkturpolitik erheblich zu verstärken und die Konjunkturpolitik nun ernstlich, wie es der Artikel 103 des Rom-Vertrages vorsieht, zu einer Angelegenheit des gemeinsamen Interesses der Partnerländer zu machen. Man braucht dabei sicherlich das utopische Ziel einer gemeinsamen europäischen Währung nicht anzusteuern ... Um so unerläßlicher ist jedoch eine intensive Koordinierung der Wachstums- und Konjunkturpolitik der einzelnen Staaten...

1) „Weiter kräftiges Wachstum in der EWG“, in „Außenhandelsblätter der Commerzbank“, Nr. 14/64.

Das Ausmaß der gegenwärtig im Gemeinsamen Markt durch ein monetäres Ungleichgewicht drohenden Gefahren sollte Anlaß sein, die europäische Konjunkturpolitik nunmehr vollständig als eine Einheit von konjunkturpolitischen Verhaltensregeln, konjunkturpolitischen Institutionen und finanziellen Mechanismen aufzubauen.“²⁾

Die Empfehlungen der Kommission vom Frühjahr 1964 zur Konjunkturpolitik sind von den Mitgliedsländern im großen und ganzen befolgt worden, und das Ungleichgewicht hat sich als Folgeerscheinung zu mildern begonnen. Noch immer aber ist die Gefahr nicht gebannt. Es dürfte daher eine vorrangige Aufgabe in Brüssel sein, den Weg zu einer umfassenden gesamteuropäischen Konjunkturpolitik zu weisen. Die Bundesrepublik, die hierbei als wichtigstes Lieferland der anderen EWG-Länder dem inflationistischen Nachfragesog in besonders starkem Maße ausgesetzt ist, hat Anlaß gegeben, von einer neuerlichen Aufwertung der DM zu sprechen. Abgesehen davon, daß die letzte DM-Aufwertung nicht den vollen erwarteten Erfolg gebracht hat, dürfte es ein gefährlicher Weg sein, die Stabilität innerhalb der EWG durch Manipulationen an den Wechselkursen wieder herstellen zu wollen. Die Gesamtsituation der EWG-Konjunktur stellt augenblicklich den Wirtschaftstheoretikern wie auch den praktischen Wirtschaftspolitikern interessante, aber auch außergewöhnlich schwere Aufgaben. Bundeswirtschaftsminister *Schmückler* jedenfalls hat die Bereitschaft der deutschen Vertreter in Brüssel zu einer europäischen Konjunkturpolitik erklärt: „Die Bundesrepublik wird sich aber auch zukünftig sehr aufgeschlossen an der Diskussion einer gemeinsamen Stabilitätspolitik beteiligen. Die Bundesregierung beteiligt sich an dieser Diskussion nicht nur, weil sie sich der gemeinsamen Europapolitik verpflichtet fühlt, sondern weil es um ihre eigene Wirtschaftspolitik geht. Man kann nicht oft genug wiederholen, daß die Zeit der national abgegrenzten Wirtschaftspolitik vorbei ist. Jede Handlung eines Staates wirkt sich irgendwie auf die anderen aus, und so ist es ganz natürlich, daß es zum Wesen der modernen Wirtschaftspolitik gehört, daß man international denkt, diskutiert und handelt.“³⁾

Aktivitäten der OECD

Die Spitze der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris, zu der als jüngstes Mitglied nun auch Japan gestoßen ist, arbeitet im all-

gemeinen außerhalb des Lichts einer breiten Öffentlichkeit. Die Ergebnisse der zahlreichen Fachausschüsse und die alljährlich wiederkehrenden Analysen der Wirtschaftssituation der Mitgliedsländer erreichen bei weitem nicht den hohen Grad an Publizität, den vergleichbare Maßnahmen im Rahmen der EWG erzielen. Wollte man daraus den Schluß ziehen, daß es keine Aktivität bei der OECD gäbe, so wäre das falsch. Im Gegenteil, verdanken wir dieser Organisation eine große Zahl von wertvollen Untersuchungen, Prognosen und Vorschlägen, und die Gewerkschaften der Mitgliedsstaaten, die im gewerkschaftlichen Beratungsausschuß bei der OECD zusammengefaßt sind, haben eine Möglichkeit der Mitsprache — wenn diese auch sicher nicht intensiv genug ist.

Der Beitritt Japans zur OECD prägt das Gesicht dieser Organisation noch deutlicher. Wir haben es jetzt mit einer Organisation zu tun, deren Mitglieder die industrialisierte Welt unserer Erde unter Ausschluß des Ostblocks repräsentieren. Damit wird der Auftrag, den sich die OECD bei ihrer Gründung selbst gegeben hat, nämlich die Entwicklung der Mitgliedsstaaten und des übrigen Teils der Welt zusammenzufassen, noch einmal deutlich. Schließlich gehört Japan zu den hochindustrialisierten Ländern; hinsichtlich der Industrieproduktion steht es an vierter und hinsichtlich des Handelsvolumens an sechster Stelle unter den Mitgliedsländern der OECD. Japan ist der Welt größter Produzent von Schiffen, Transistorradios, Fernsehgeräten und Fotoapparaten. Es gehört zu den fünf wichtigsten Produzenten von Stahl, Zement und Kunstdünger, und innerhalb der OECD steht es an zweiter Stelle in bezug auf die Zahl der Universitätsstudenten (nach den Vereinigten Staaten) und der Buchveröffentlichungen (nach Großbritannien).⁴⁾

Der Beitritt Japans zur OECD gestattet mithin nicht nur eine Abstimmung der bedeutendsten Industriestaaten der Welt untereinander, sondern auch eine Koordination der Entwicklungshilfe unter Einschluß des Potentials dieses neuen Mitglieds.

Im weltweiten Maßstab dürfte von einigem Interesse sein, daß der IBFG der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung ein Memorandum unterbreitete, in dem die Wichtigkeit für die Entwicklungsländer unterstrichen wurde, ihre Ausfuhr weiter zu erhöhen. Wenn diese Länder aber Absatzgebiete in den Industrieländern finden sollen, so ist es erforderlich, daß in letzteren Anpassungsprogramme aufgestellt werden. Es ist außerordentlich bedeutungsvoll, daß diese Anpassungsprogramme von gewerkschaftlicher Seite gefordert werden, denn jedermann weiß, daß derartige Strukturwandlungen in den Indu-

2) Alfred Müller-Armack: „Europäische Konjunkturpolitik“, in „Volkswirtschaftliche Korrespondenz der Adolf-Weber-Stiftung“, Nr. 23/1964.

3) Der Bundesminister für Wirtschaft, „Tagesnachrichten“, Nr. 4765 (17. 7. 1964).

4) Bulletin des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses bei der OECD, Paris, Nr. 175 (Juni 1964).

strieländern im Interesse eines verstärkten Imports aus Entwicklungsländern manches soziale Problem aufwerfen werden. Die Lösung dieser Probleme ist nur möglich, wenn dabei auch die Arbeitervertretungen von einem weltweiten Standpunkt aus das Ihre dazu beitragen.

Im europäischen Maßstab hat in den letzten zwei Jahren ein interessantes Entwicklungsprogramm der OECD Gestalt angenommen. Es handelt sich dabei um das sogenannte „Regionalprogramm Mittelmeer“ (MRP). Dieses Programm, das die Mitgliedsstaaten Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien und Türkei umfaßt, hat zur Aufgabe, das Volksbildungswesen in diesen südeuropäischen Ländern mit bedeutendem regionalem Entwicklungsrückstand zu analysieren und eine Strategie zu entwickeln, mit deren Hilfe es gelingt, über das Bildungswesen den Anschluß dieser Länder und Regionen an Zentraleuropa bis zum Jahre 1975 zu erreichen.

Aus der Analyse der OECD gehen deutlich die personellen Bedürfnisse in den nächsten fünfzehn Jahren hervor. Von 1960 bis 1975 muß in den genannten Ländern die Zahl der Spitzenkräfte von 1,5 auf 3,1 Millionen, die Zahl der mittleren Fachkräfte von 1,4 auf 3,5 Millionen steigen. Wesentlich größer wird die Nachfrage nach Facharbeitern sein; um diesen Bedarf zu befriedigen, muß vor allem das allgemeine Volksbildungsniveau gehoben werden. Der Einschulungsgrad der Volksschüler muß von 82,7 auf 99 vH, der der höheren Schüler von 28,8 auf 51,1 vH und der der Universitätsstudenten von 3,9 auf 5,9 vH erhöht werden. Ähnliche Relationen wurden auch für die technischen Schulen und für die Lehrerausbildungsstätten genannt. Nach dem Abschluß der ersten Phase, der Bestandsaufnahmen, ist man jetzt zur zweiten Phase, zur Aktion, übergegangen.

Es steht außer Frage, daß diese Maßnahmen im europäischen Mittelmeerraum wesentlich dazu beitragen werden, die Integration der europäischen Wirtschaft voranzutreiben und das soziale Gefälle vom Norden zum Süden zu verringern. Mit der Hebung der Volksbildung wird gleichzeitig der Kampf gegen die allgemeine Rückständigkeit des Denkens und der Lebensweise aufgenommen. Mit Recht stellt einer der OECD-Spezialisten fest, daß, wenn die sechs Länder ihre Bevölkerung in dem vorgesehenen Umfang bilden, sie gleichzeitig auf dem Wege einer Umgestaltung ihrer Gesellschaft sind.⁵⁾

EFTA auf eigenem Kurs

Von Bemühungen, die Marschrichtungen von EWG und EFTA zu koordinieren, ist seit

langem nicht mehr die Rede. Im Gegenteil scheint es im Augenblick so zu sein, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf der Stelle tritt, daß „Wirrwarr und Kleinmut“ (*Willy Brandt*) ihr Bild prägen, während die Zusammenarbeit der sieben Freihandelsstaaten im stillen weiter vor sich geht. Während man in Brüssel noch immer einen Tanz um den Getreidepreis aufführt, zu dem Bonn die Musik macht, während Agrarprodukte, wie etwa der Tilsiter Käse aus Dänemark, die Schlagzeilen der EWG-Presse bestimmen, geht man in der EFTA nun daran, die Frage einer Ausdehnung der Zollunion auch auf Agrarprodukte zu prüfen.

Zunächst nahm ein Komitee die Arbeit auf. Es wird im September auf Grund statistischen Materials der letzten drei Jahre dem Ministerrat über den Handel, die Erzeugung und den Verbrauch landwirtschaftlicher Produkte berichten, wobei man sich der Memoranden bedienen wird, die die Mitgliedsstaaten und Finnland ausgearbeitet haben. Es dürfte von großem grundsätzlichem und politischem Interesse sein, was dabei herauskommt und welche praktischen Konsequenzen man daraus ziehen wird.⁶⁾

Immerhin zeichnen sich bei der EFTA nun auch Maßnahmen ab, die den Rahmen einer bloßen Zollunion überschreiten. So ist die Realisierung des Art. 16 der Stockholmer Konvention, der vorsieht, daß keine Beschränkungen hinsichtlich der Niederlassung und des Betriebs von wirtschaftlichen Unternehmen in den EFTA-Ländern durch Staatsangehörige anderer Mitgliedsstaaten angewandt werden sollen, in das Stadium der Beratungen getreten. Damit hat die EFTA einen Schritt vorwärts getan, der sie wiederum in gefährliche Nähe der EWG bringt, wo die Einführung der Niederlassungsfreiheit erst bei sehr wenigen Berufen bzw. Branchen in naher Zukunft zu erwarten ist.

Um die Auswirkung der Zollsenkungen innerhalb der EFTA auf die Verbraucherpreise zu ermitteln, haben die Mitgliedsstaaten Experten zu einer Tagung nach Genf gesandt. Wenn hier zwar auch vor allen Dingen deutlich wurde, wie schwer es ist, diese Relation aus dem wirtschaftlichen Gesamtgeschehen herauszuschälen, so wurde doch aus vorgelegten nationalen Untersuchungen — das Tagungsergebnis liegt noch nicht vor — deutlich, daß die Zollsenkungen die Preisentwicklung günstig beeinflussen. Zwar heißt es z. B. in dem Bericht Norwegens, „gingen... die Vorteile der Zollsenkungen durch die Erhöhung der Importpreise oder der Gewinne — in manchen Fällen durch beide zugleich — verloren. In diesen Fällen hätten sich jedoch ohne Zollsenkungen zweifellos weit höhere Preissteigerungen ergeben.“⁷⁾

6) „EFTA-Bulletin“, Jg. V, Nr. 6 (Juli 1964).

7) EFTA-Pressedienst vom 12. Juni 1964.

5) OECD Press Release v. 3. Juli 1964.

Einer Illusion darf man sich in Westeuropa allerdings nicht länger hingeben, daß nämlich der Graben zwischen EWG und EFTA unbedeutend sei oder daß an seiner Zuschüttung gearbeitet würde. Man muß jetzt die EFTA ernst nehmen. Der vollständige Abbau der Industriezölle bis Ende 1966, das Bemühen, die Agrarprodukte mit einzubeziehen und die Aktivität des Wirtschafts- und Entwicklungsausschusses sind Stationen einer Entwicklung,

die über die Grenzen einer nur losen Zollvereinigung hinausweisen, und die Stockholmer Konvention hat den Mitgliedern genügend freie Hand gelassen, auf dem Boden der gemachten Erfahrungen diese Union fortzuentwickeln. Daß dies geschieht und daß dadurch der Graben zwischen EFTA und EWG vertieft und zementiert wird, kann nicht länger geleugnet werden.

Dr. Wolf Donner